



Merkblatt zur Beschäftigung und Berufsausbildung von Ausländern

Beschäftigung und Berufsausbildung von Asylbewerbern

Grundsatz: Asylbewerber dürfen grundsätzlich nur nach Genehmigung der Ausländerbehörde und Eintragung in die Aufenthaltsgestattung (Ausweis) eine Beschäftigung aufnehmen



Verfahren:

1. Antrag auf Erteilung einer Beschäftigungserlaubnis mittels auf der Internetseite zur Verfügung gestellten Formblatts
2. Einholen der Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit durch die Ausländerbehörde (Vorrangprüfung und Prüfung, ob vergleichbar beschäftigter deutscher Arbeitnehmer zu gleich günstigen Bedingungen beschäftigt wird)
3. Prüfung des Einzelfall im Rahmen des behördlichen Ermessens (Ermessenskriterien sind z. B. individuelle Bleibewahrscheinlichkeit bzw. bereits vorliegende BAMF-Entscheidung, geklärte Identität, Straffälligkeit)
4. Bei positiver Entscheidung:
Änderung der Nebenbestimmungen auf der Aufenthaltsgestattung (Beispiel:
„Beschäftigung bei Firma ... als ... vom ... bis ... gestattet), so ist für den Arbeitgeber erkennbar, ob der Betroffene bereits eine Arbeitserlaubnis besitzt
Bei negativer Entscheidung: Anhörungsschreiben an den Antragsteller, ggf. Ablehnungsbescheid

Wichtige Hinweise:

- Für jede Beschäftigung ist eine individuelle Arbeitserlaubnis notwendig! Das heißt, ein Asylbewerber darf nicht ohne Erlaubnis den Betrieb wechseln, für einen anderen Tätigkeitsbereich eingesetzt werden oder die Stundenanzahl verändert werden.
- Ein Praktikum gilt als Beschäftigung, somit ist für jedes Praktikum die Erlaubnis der Ausländerbehörde notwendig.
- Ein Praktikum zur Berufsorientierung oder eine Einstiegsqualifizierung sind zwar zustimmungsfrei hinsichtlich der Bundesagentur für Arbeit, jedoch ist immer die Genehmigung durch die Ausländerbehörde notwendig!
- Für die Aufnahme eines Berufsgrundschuljahres ab dem Schuljahr 2018/2019 wurde ein Abstimmungsverfahren zwischen Ausländerbehörde und Berufsschule eingeführt: Möchte ein Asylbewerber oder geduldeter Ausländer ein BGJ für die Berufe Landwirt, Hauswirtschafter, Schreiner und Zimmerer aufnehmen, stimmen sich Berufsschule und Ausländerbehörde ab, ob im Anschluss an das BGJ eine Beschäftigungserlaubnis zur dualen Phase der Berufsausbildung erteilt werden kann, wenn sich der entscheidungserhebliche Sachverhalt zwischenzeitlich nicht zu Ungunsten des Ausländers verändert hat.
- Zur Berufsschulpflicht wird auf folgenden Flyer verwiesen: <https://www.landkreis-regen.de/wp-content/uploads/Flyer-Berufsschulpflicht-2018.pdf>
- Aus einem erfolgreichen Abschluss einer Einstiegsqualifizierung kann kein Anspruch zur Aufnahme einer Berufsausbildung abgeleitet werden.
- Für eine Probebeschäftigung ist sowohl die Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit als auch der Ausländerbehörde notwendig!
- Bei Beschäftigungen ohne die erforderliche Erlaubnis oder über die Dauer der Erlaubnis hinaus liegt eine Ordnungswidrigkeit vor, welche an das Hauptzollamt weitergegeben werden muss.

Tipp: Übersicht der Bundesagentur für Arbeit zu den verschiedenen Tätigkeitsbereichen und der Genehmigungspflicht
www.arbeitsagentur.de -> Für Menschen aus dem Ausland -> Zulassung zum Arbeitsmarkt -> Merkblatt 7 – Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland
https://www3.arbeitsagentur.de/web/wcm/idc/groups/public/documents/webdatei/mdaw/mtm2/~edisp/l6019022dstbai377667.pdf?_ba.sid=L6019022DSTBAI377670

Schutzquoten der Herkunftsländer

Staaten mit hoher Bleibewahrscheinlichkeit:

Syrien, Eritrea, Irak, Iran, Somalia

Sonstige Herkunftsstaaten:

Afghanistan, Pakistan, Nigeria, Sierra Leone, Mali

-> schwerwiegendes Entscheidungskriterium: ungeklärte Identität

Sichere Herkunftsstaaten:

Albanien, Bosnien-Herzegowina, Ghana, Kosovo, Mazedonien, Montenegro, Senegal, Serbien

-> **gesetzliches Erwerbstätigkeitsverbot**

